

## Die AfD und Deutschlands Kampf gegen die Wähler

*Ein Blick hinter die Kulissen von Berlins Plan, unbequeme Wahlergebnisse zu unterlaufen.*



19. Mai 2026 | Constantin von Hoffmeister

Jahrzehntelang präsentierte sich die Bundesrepublik Deutschland der Welt als stabiles parlamentarisches System, das auf verfassungsrechtlicher Zurückhaltung, föderalem Gleichgewicht und historischer Besonnenheit beruhte. Ausländische Beobachter hörten oft, dass das moderne Deutschland über ungewöhnlich starke Schutzmechanismen gegen politischen Extremismus verfüge, da die Traumata des 20. Jahrhunderts angeblich eine politische Kultur hervorgebracht hätten, in deren Mittelpunkt „demokratische Sicherheitsvorkehrungen“ stünden.

Doch je tiefer man in die Struktur des deutschen Staates blickt, desto deutlicher wird eine andere Realität: Das System enthält mächtige **Notfallmechanismen**, die darauf ausgelegt sind, rebellische Regionen zu disziplinieren, politische Bedrohungen zu neutralisieren und ideologische Kontinuität zu wahren, wann immer sich das herrschende Establishment gefährdet fühlt.

Einer dieser Mechanismen trägt die Fachbezeichnung „Bundeszwang“. Ein anderer wird mit dem milder klingenden Begriff „Bundesintervention“ bezeichnet. Außerhalb Deutschlands hat fast niemand von diesen Konzepten gehört. Selbst innerhalb Deutschlands blieben sie jahrzehntelang un-

bekannt, da die politische Klasse sie nie benötigte. Konsens beherrschte das Land. Wahlen brachten neue Gesichter, Slogans und Koalitionsfarben, während die allgemeine ideologische Ausrichtung stabil blieb. Die Einwanderungspolitik wurde ausgeweitet. Die europäische Integration vertiefte sich. Die atlantische Außenpolitik verhärtete sich. Die wirtschaftliche Globalisierung beschleunigte sich. Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten, Universitäten, Gerichte und Parteistiftungen bewegten sich im gleichen ideologischen Orbit. Opposition existierte innerhalb sorgfältig kontrollierter Grenzen.

Dann kam der Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD).

Für ausländische Leser, die mit der deutschen Politik nicht vertraut sind: Die AfD begann als euro-skeptische Partei während der Eurokrise und entwickelte sich nach und nach zu einer breiter aufgestellten nationalistischen Oppositionsbewegung, deren Schwerpunkte auf Einwanderung, Souveränität, kultureller Identität, Energiepolitik und Kritik an der herrschenden Elite liegen. Im Laufe der Zeit entwickelte sich die Partei, insbesondere in Ostdeutschland, zu einer politischen Massenkraft, die in der Lage ist, um die Staatsmacht zu konkurrieren.

In mehreren ostdeutschen Bundesländern erreicht die AfD mittlerweile ein Maß an Unterstützung, das ältere etablierte Parteien einst für unmöglich gehalten hätten. Diese Entwicklung erschreckte das politische Establishment in Deutschland weit mehr, als es jede Randprotestbewegung jemals hätte tun können, denn sie offenbarte etwas Tieferes: Millionen gewöhnlicher Deutscher glaubten nicht mehr an die offizielle Erzählung über die Zukunft des Landes.

Die Reaktion des politischen Establishments folgte einem in ganz Westeuropa bekannten Muster. Zunächst erfolgte eine moralische Delegitimierung. Die AfD und ihre Wähler wurden ständig mit Extremismus, historischer Schuld und einer Gefahr für die Demokratie in Verbindung gebracht. Dann folgte der institutionelle Ausschluss. AfD-Politiker stießen auf systematische Hindernisse, die sie daran hinderten, Ausschussvorsitzende, Kontrollfunktionen oder verfahrenstechnischen Einfluss zu erlangen, wie sie großen Parteien in parlamentarischen Systemen normalerweise gewährt werden. Es folgte die Überwachung durch die Geheimdienste. Es kam zu Diskussionen über ein Parteiverbot. Die Medienkampagnen verschärften sich. Die sogenannte **Brandmauer** wurde zur offiziellen Doktrin: Alle anderen großen Parteien verpflichteten sich, unabhängig von Wahlergebnissen dauerhaft die Zusammenarbeit mit der AfD zu verweigern.

Nun rückt eine weitere Möglichkeit in die öffentliche Diskussion: der Einsatz von Zwangsmaßnahmen des Bundes gegen AfD-geführte Landesregierungen.

Um zu verstehen, warum dies von Bedeutung ist, müssen ausländische Leser zunächst die föderale Struktur Deutschlands verstehen. Deutschland besteht aus sechzehn Bundesländern. Diese Bundesländer verfügen über eigene Regierungen, Parlamente, Polizeikräfte, Bildungssysteme und weitreichende Verwaltungsbefugnisse. Bayern, Sachsen, Thüringen und die anderen Bundesländer ähneln in mancher Hinsicht den US-Bundesstaaten, obwohl Deutschland insgesamt stärker zentralisiert ist. Unter normalen Umständen verwaltet jede Landesregierung ihr Gebiet weitgehend unabhängig, bleibt dabei aber in die übergeordnete föderale Verfassungsordnung eingebunden.

Das deutsche Grundgesetz enthält jedoch Bestimmungen, die es der Bundesregierung in Berlin ermöglichen, unter außergewöhnlichen Umständen gegen die Bundesländer vorzugehen. Artikel 37 regelt die Zwangsmaßnahmen des Bundes. Artikel 91 (Innerer Notstand) regelt die Bundesinterven-

tion. Diese Mechanismen sind aus der im 20. Jahrhundert vorherrschenden Angst vor Staatszerfall, inneren Konflikten und einer Lähmung der Verfassung entstanden. Befürworter bezeichnen sie als Schutzmaßnahmen gegen Aufstände oder den Zusammenbruch der Verfassung. Kritiker sehen in ihnen zunehmend Instrumente, mit denen die Zentralregierung politische Bewegungen unterdrücken kann, die von der herrschenden Elite als inakzeptabel angesehen werden.

Artikel 37 besagt, dass die Bundesregierung „notwendige Maßnahmen“ ergreifen kann, um ein Bundesland zur Erfüllung seiner bundesrechtlichen Verpflichtungen zu zwingen, falls dieses seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Auf den ersten Blick klingt dies administrativ und technisch. Die Formulierung wirkt nüchtern, fast harmlos. Doch hinter der bürokratischen Formulierung verbirgt sich immense Macht.

Was genau gilt als Verstoß gegen „bundesrechtliche Verpflichtungen“? Das Grundgesetz enthält keine genaue Auflistung. Diese Unklarheit ist von enormer Bedeutung. Eine Landesregierung könnte angeblich durch unsachgemäße Durchsetzung von Bundesvorschriften, Widerstand gegen Verwaltungsanweisungen des Bundes, die Weigerung, bestimmte Maßnahmen mit ausreichender Entschlossenheit umzusetzen, oder durch Widerspruch zu Urteilen von Bundesgerichten gegen Verpflichtungen verstoßen. Die Auslegung liegt weitgehend in den Händen der Bundesregierung selbst, unterstützt von politischen Verbündeten im Bundesrat, der deutschen Länderkammer.

**Dies führt zu einer Situation, in der das politische Establishment faktisch die Schwelle für Eingriffe gegen politische Gegner festlegt.**

Die Bundesregierung verfügt über einen weiten Ermessensspielraum hinsichtlich der Maßnahmen, die sie ergreifen kann. Die öffentliche Diskussion beginnt oft mit harmlosen Szenarien: finanzieller Druck, administrative Sanktionen, vorübergehende Einschränkungen oder eine Ersatzausübung, bei der Bundesbehörden bestimmte Funktionen selbst wahrnehmen. Verfassungsrechtler räumen jedoch die Möglichkeit weitaus härterer Maßnahmen ein. In Extremfällen könnten Bundesbehörden einer Landesregierung praktisch die tatsächliche Regierungsgewalt entziehen, während sie formal im Amt bleibt. Berlin könnte Bundeskommissare ernennen, um Teile der Landesverwaltung zu beaufsichtigen oder direkt zu verwalten. Die Polizeibefugnisse könnten unter Bundeskontrolle gestellt werden. Die Verwaltungshoheit könnte drastisch geschwächt werden.

Ausländischen Lesern fällt es möglicherweise schwer, die psychologische Bedeutung dieser Debatte in Deutschland nachzuvollziehen. Die Problematik reicht weit über rein rechtliche Verfahren hinaus. Millionen von AfD-Wählern hegen zunehmend den Verdacht, dass demokratische Teilhabe nur so lange toleriert wird, wie sie akzeptable Ergebnisse hervorbringt. Jede Eskalation verstärkt diesen Verdacht. Jedes verfahrenstechnische Manöver gegen die Partei vertieft das Gefühl, dass das System einen echten Wandel durch Wahlen fürchtet.

Befürworter staatlicher Zwangsmaßnahmen betonen, dass solche Befugnisse lediglich der Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung dienen. Aus Sicht der AfD ergibt sich jedoch eine andere Interpretation. Das Establishment hat jahrelang verkündet, dass Demokratie Inklusion, Pluralismus, Teilhabe und die Achtung von Wahlergebnissen erfordert. Plötzlich, als große Teile der Bevölkerung begannen, eine nationalistische Oppositionspartei zu unterstützen, änderte sich die Sprache. Demokratie verwandelte sich von einer Regierung durch das Volk in eine Regierung durch akzeptable Menschen. Die Wahllegitimität wurde an Bedingungen geknüpft.

In Ostdeutschland verschärft sich dieser Widerspruch noch. Viele Ostdeutsche tragen bereits historische Erinnerungen an die zentralistische ideologische Kontrolle aus der kommunistischen Ära der Deutschen Demokratischen Republik in sich. Sie erkennen die ihnen vertraute Sprache von politischer Hygiene, demokratischem Schutz und moralischer Aufsicht wieder. Erneut erklärt eine fest verwurzelte politische Elite den Wählern im Osten, dass ihre politischen Instinkte einer Korrektur von oben bedürfen.

Diese Atmosphäre erklärt, warum Diskussionen über staatlichen Zwang so emotionale Reaktionen hervorrufen. Der Mechanismus gleicht einer Notbremse, die in den verfassungsrechtlichen Mechanismen des Staates eingebaut ist. Offiziell ist sie für Katastrophenfälle vorgesehen. In der Praxis hegen viele Deutsche zunehmend den Verdacht, dass sich die Definition einer Katastrophe immer dann ausweitet, wenn die Wählerschaft zu weit vom Konsens des Establishments abweicht.

Anhänger der AfD argumentieren daher, dass das eigentliche Problem über rechtliche Formalitäten hinausgeht. Das tiefer liegende Problem betrifft die Souveränität selbst. Wer regiert Deutschland wirklich? Die Wähler in den einzelnen Bundesländern oder ein permanenter ideologischer Apparat, der sich über Bundesministerien, Parteinetzwerke, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten, Geheimdienste, NGOs, akademische Einrichtungen und transnationale Strukturen erstreckt, die mit Brüssel und atlantistischen politischen Netzwerken verbunden sind? Aus dieser Perspektive erscheint der staatliche Zwang weniger als Verteidigung der Verfassung, sondern eher als letzter Sicherheitsmechanismus, der die Macht der Führungskräfte vor demokratischen Störungen schützt.

Die Ironie lässt sich kaum noch übersehen. Deutschland belehrt andere Nationen ständig über liberale Demokratie, Pluralismus und Toleranz. Deutsche Politiker kritisieren Ungarn, kritisieren Polen, kritisieren Russland, kritisieren jeden, dem vorgeworfen wird, demokratische Normen zu untergraben. Doch innerhalb Deutschlands selbst beobachten Millionen von Wählern, wie die etablierten Parteien offen institutionelle Hindernisse gegen die größte Oppositionskraft des Landes koordinieren. Sie hören Diskussionen über Überwachung, Ausgrenzung, Verbote, Verfahrensmanipulationen und nun auch über mögliche Zwangsmaßnahmen gegen Landesregierungen, die aus legitimen Wahlen hervorgehen könnten.

Jede neue Maßnahme stärkt das zentrale Argument der AfD: **Die herrschende Klasse vertraut der Demokratie nur so lange, wie sie genehmigte Ergebnisse hervorbringt.**

Selbst viele Deutsche, die der AfD skeptisch gegenüberstehen, erkennen zunehmend die Gefahr, die von dieser Entwicklung ausgeht. Ein Verfassungssystem, das auf dauerhafter Ausgrenzung beruht, verliert letztendlich seine moralische Glaubwürdigkeit. Die Bürger beginnen, Wahlen eher als symbolische Rituale denn als sinnvolle Instrumente des politischen Wandels wahrzunehmen. Zynismus breitet sich aus. Das Vertrauen bricht zusammen. Der soziale Zusammenhalt schwindet. Die politische Radikalisierung schreitet voran. Der Staat reagiert mit zusätzlichem Druck, was die Entfremdung wiederum weiter vertieft. Es entsteht ein Teufelskreis.

Das deutsche Establishment verfügt nach wie vor über enorme institutionelle Macht. Der Einfluss der Medien ist nach wie vor groß. Die Finanznetzwerke sind weiterhin eng miteinander verflochten. Universitäten, Verwaltungsapparate, Stiftungen und europäische Institutionen agieren weitgehend im ideologischen Gleichklang. Doch unter dieser administrativen Oberfläche wächst ein anderes Deutschland, das immer unruhiger wird. Steigende Energiekosten, Einwanderungsdruck, wirtschaft-

liche Stagnation, Unsicherheit in der Bevölkerung und eine zunehmende ethnokulturelle Zersplitterung führen zu wachsendem Misstrauen gegenüber der herrschenden Ordnung. **Die AfD schöpft ihre Stärke aus dieser sich vergrößernden Kluft zwischen offiziellen Narrativen und der gelebten Realität.**

Der Zwang durch den Bund symbolisiert daher mehr als nur ein verfassungsrechtliches Verfahren. Er steht für den Moment, in dem das System stillschweigend seine Angst vor der eigenen Wählerschaft eingesteht.

Jahrzehntlang beschrieb die herrschende Klasse Deutschlands den Populismus als eine irrationale Emotion, die die demokratische Ordnung bedroht. Nun zeichnet sich die Möglichkeit ab, dass die demokratische Ordnung selbst davon abhängig werden könnte, populistische Ergebnisse zu unterdrücken. Die Maske fällt. Die Sprache des Verfassungsschutzes verschmilzt mit der Logik der politischen Eindämmung. Die Bürger erhalten eine einfache Botschaft: Mitwirkung bleibt willkommen, vorausgesetzt, das Ergebnis ändert nichts Wesentliches.

Viele Deutsche hoffen nach wie vor, dass die Debatte nie über das theoretische Stadium hinausgeht. Doch allein die Tatsache, dass solche Diskussionen überhaupt geführt werden, verändert bereits das öffentliche Bewusstsein. Sobald die Wähler glauben, dass Wahlsiege institutionelle Sanktionen von oben nach sich ziehen könnten, verändert sich das Verhältnis zwischen Bürger und Staat grundlegend. Wahlen fungieren nicht mehr als Ausdruck der Souveränität, sondern gleichen zunehmend kontrollierten Übungen, die nur innerhalb sorgfältig festgelegter Grenzen erlaubt sind.

Diese Erkenntnis erklärt mehr als jeder einzelne rechtliche Mechanismus die wachsende Legitimitätskrise im modernen Deutschland.